



**ORGAN:** DAS HOCHRANGIGE POLITISCHE FORUM FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

**THEMA:** NACHHALTIGE NUTZUNG UND ERHALTUNG VON OZEANEN, MEEREN UND MEERESRESSOURCEN

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT,

*unter Hinweis auf* die Ozean-Konferenz der Vereinten Nationen in New York (5.- 9. Juni 2017),

*in Bekräftigung* der Ziele 12 (Nachhaltiger Konsum und Produktion), 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) und 14 (Leben unter Wasser) der Sustainable Development Goals in der 2030 Agenda, die von UNDP (United Nations Development Programme) unterstützt wird,

*mit dem Ausdruck der Wertschätzung* für die Resolutionen zum Thema „Oceans and the Law of the Sea“ in der Generalversammlung der UN,

*tief entschlossen*, die Notwendigkeit der Gewährleistung einer langfristigen und nachhaltigen Nutzung und Erhaltung von Ozeanen, Meeren und Meeresressourcen hervorzuheben,

*mit Enttäuschung zur Kenntnis nehmend*, dass nicht alle Regierungen der Wichtigkeit dieses Problems Beachtung schenken,

*beunruhigt*, dass die industrielle Produktion von Fisch und Meeresfrüchte die einheimischen Wildtiere, das Ökosystem des Ozeans und somit auch die Menschen bedroht,

*alarmiert*, dass die Zerstörung der Ozeane und Meere durch Plastikverschmutzung voranschreitet,

1. *fordert* alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur internationalen Kooperation gegen die Verschmutzung der Ozeane und Meere *auf*, um eine langfristige Erhaltung und Nutzung der Meeresressourcen zu gewährleisten;
2. *ruft* zu der jährlichen Veranstaltung der Ozeankonferenz *auf* sowie zu deren Weiterverfolgung;
3. *unterstreicht* die Wichtigkeit, den Plastikkonsum sämtlicher Staaten, vor allem der Industriestaaten, zu reduzieren und Abfälle, insbesondere Kunststoffabfälle, nicht



- in die Meere gelangen zu lassen, wozu ratifizierte Verträge verabschiedet werden sollen;
4. *verlangt*, dass die Aufmerksamkeit auf Forschung und Verhinderung der Ursachen und Folgen der Wasserverschmutzung gelegt wird, die auf Wunsch der Staaten von NGOs ausgeführt werden;
  5. *verlangt* die globale Ratifizierung der UNCLOS (United Nations Convention of the Laws of the Sea) und fordert eine allgemeine Implementierung der Gesetze, die darin enthalten sind;
  6. *kommt zu dem Schluss*, dass jegliche Art von Meeresverschmutzung, beispielsweise die Abfälle der Industrie, insbesondere der Pharmaindustrie und die der Landwirtschaft inklusive Agrarkultur, verhindert, die bereits in die Ozeane gelangten Stoffe und Substanzen reduziert und maritime Ökosysteme nachhaltig verwaltet und geschützt werden sollen, um gesunde und produktive Meere zu erreichen;
  7. *legt dringend nahe*, Maßnahmen zur Säuberung von bereits mit Plastikmüll verschmutzten Gebieten zu ergreifen;
  8. *verweist* darauf, dass die Vereinten Nationen sich zur finanziellen Unterstützung bezüglich des Müllproblems betroffener Länder bereit erklären, wobei insbesondere die Wiederverwertung von biologisch nicht abbaubarem Abfall betont sowie die Notwendigkeit der Schaffung von Initiativen zur Mülltrennung;
  9. *beauftragt* die Staaten, insbesondere die Industriestaaten, die Großunternehmen in die Pflicht zu nehmen, sich an den Entsorgungskosten zu beteiligen, da insbesondere Entwicklungsländer, in denen jene Großunternehmen tätig sind, die hohen Kosten der Müllentsorgung selten leisten können;
  10. *befürwortet* föderale und staatliche Richtlinien für nachhaltige Aquakulturpraktiken, die die industrielle Meeresfischzucht ausschließen;
  11. *schlägt vor*, prozentuale unverbindliche Richtlinien für die Fischerei jener Staaten aufzustellen, die insbesondere von der Überfischung der Weltmeere profitieren,



- welche in Relation zu der wirtschaftlichen Relevanz der Fischerei für jene Staaten stehen, sodass die Regeneration der Fischbestände vorangetrieben werden kann;
12. *fordert*, dass der Export von Abfällen, insbesondere von Plastikmüll, zu Ländern, die diesen nicht recyceln, verarbeiten oder verbrennen können, drastisch reduziert werden muss;
  13. *fordert* internationale Richtlinien zum Abbau von Tiefseeressourcen und ebenso die Überwachung dieser festgelegten Richtlinien durch die Vereinten Nationen;
  14. *fordert* die Entwicklung eines nachhaltigen Konzepts zum Tiefseebergbau, um die ökologischen Auswirkungen mit den sozial-ökonomischen Interessen zu verbinden;
  15. *fordert* die Einrichtung weiterer Meeresschutzgebiete unter der Berücksichtigung der nationalen Interessen und Wahrung der vorhandenen staatlichen Wirtschaftsgebiete;
  16. *kommt zu der Überzeugung*, dass die Legalisierung von Nutzhanf weltweit vorangetrieben werden muss, um eine Alternative für auf Plastik basierende Textilien, welche insbesondere die Weltmeere verschmutzen, darzustellen, und dass die Forschung und Produktion an biologisch abbaubaren Kunststoffen gefördert und finanziert werden muss;
  17. *begrüßt* eine transparente finanzielle Unterstützung von NGOs und finanziell schwachen Ländern durch die Vereinten Nationen;
  18. *fordert* die Einrichtung eines internationalen Fonds zur Erreichung der genannten Ziele, wobei Ein- und Auszahlungen von (finanziellen) Möglichkeiten, bisherigem Handeln und Handelsbereitschaft abhängen;
  19. *verspricht* eine internationale Zusammenarbeit zur Erreichung der SDGs, insbesondere der Ziele 6, 12, 13, 14, 17;
  20. *fordert* die Staaten *auf*, in einem zweijährigen Intervall Berichte über die Einhaltung der oben genannten Forderungen und Ziele an das Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung und an den genannten internationalen Fonds einzureichen;



21. *beschließt* mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.